

Ungleichgewicht hin: Die Nachkommen von Deutschen in Namibia werden als Teil der Gesellschaft anerkannt, wohingegen Namibier:innen in Deutschland jedoch nicht: Ihnen wird nicht nur Respekt verweigert, sondern sie werden sogar abgeschoben, und das, obwohl sie nicht wie die Vorfahren vieler Deutscher in Namibia aus gewalttätigen Motivationen wie Landraub, Unterdrückung und Mord migriert sind und teilweise auch vor dem südafrikanischen Kolonialregime geflohen sind.

Die Herausgeber:innen führen ein, bieten einen Ausblick, aber ordnen die Beiträge nicht ein. Damit erreichen sie ihr im Klappentext expliziertes Ziel, „die Bandbreite der Meinungen und Versuche zur Bearbeitung der kolonialen Hinterlassenschaften“ zu dokumentieren, um darüber zu Verständigung zu kommen – statt diese Schritte zu überspringen und zu meinen, man könne gleich zur Versöhnung schreiten. Gleichzeitig wäre es meines Erachtens hilfreich gewesen, die Beiträge zu kontextualisieren und auch offenzulegen, aus welchem Grund die vertretenen Autor:innen angefragt wurden und warum andere Stimmen, etwa zivilgesellschaftliche Initiativen, fehlen. So bleibt beispielsweise unklar, gegen wen sich *Carola Lentz*‘ Kritik an einer angeblich vorherrschenden manichäischen Täter-Opfer-Dichotomie richtet und warum es nicht möglich sei, sowohl Täter- als auch Opfergesellschaften klar zu benennen als auch Differenzierung, Ambivalenzen und Uneindeutigkeiten zu thematisieren. In der politischen wie wissenschaftlichen Aufarbeitung ist zudem so lange ein strategischer Essenzialismus nicht fehl am Platz, wie Kolonialismus nicht umfassend diskreditiert ist. Ob es jemals zu der dafür notwendigen „vorurteilsfreien, schonungslosen Aufarbeitung“ (91) kommen wird, bezweifelt *Dominic Johnson*, denn es würde sowohl die Selbstgewissheiten der ehemals kolonisierenden wie auch der ehemals kolonisierten Staaten in den Grundfesten verunsichern. In Bezug auf *Olaf Zimmermanns* Beitrag ist nicht ersichtlich, warum es notwendig ist, kolonialen Genozid und Holocaust zu hierarchisieren – für die Argumentation spielt es keine Rolle, es kann also nur um die Priorisierung weiß-deutscher Perspektiven gehen, die einer Verständigung zwischen Globalem Norden und Globalem Süden im Weg stehen. Das Titelbild, in dem sich Vertreter:innen von Nama und Ovaherero-Initiativen am Holocaustmahnmal in Berlin austauschen und ausruhen, weist hingegen auf die Möglichkeit hin, dass dominante bundesdeutsche Selbstverständnisse aus der Perspektive von Marginalisierten hinterfragt werden können, „[d]enn die Erinnerung an die Geschichte kolonialer Gewalt liegt in der Zukunft“ (Platt: 39).

Daniel Bendix

<https://doi.org/10.3224/peripherie.v43i1.19>

Alexander E. Davis, Vineet Thakur & Peter Vale: *The Imperial Discipline. Race and the Founding of International Relations*. London: Pluto Press 2020, 197 Seiten (<https://doi.org/10.2307/j.ctv19m618r>)

Die ideologische Formation „Rasse“ ist eng mit der Vormachtstellung des europäischen Kolonialismus verbunden. Mit dem Aufkommen des modernen biologischen Rassismus Mitte des 19. Jahrhunderts wurden Theorien zur „Rassentrennung“ populärer. Wissenschaftliche Aushandlungen sollten belegen, dass biologisch gesehen

bestimmte Völker nicht im Stande seien, sich selber zu regieren, geschweige denn mit den eigenen Nachbarn Frieden zu wahren. Im Zuge der Ausdifferenzierung der westlichen Akademie entstanden eine Reihe neuer Subdisziplinen – darunter in den Staatswissenschaften auch die der Internationalen Beziehungen. Alexander E. Davis, Vineet Thakur und Peter Vale untersuchen genau diese Entstehungsgeschichte der Disziplin, indem sie die Verflechtungen des Britischen Imperium mit den Ursprüngen der Internationalen Beziehungen in Verbindung setzen. Damit stellt das vorliegende Buch deren hegemonialen Narrativ in Frage, nach dem diese Disziplin nach den Schrecken des Ersten Weltkrieges entstand, um Weltfrieden zu garantieren.

Die Autoren argumentieren, dass die Internationalen Beziehungen aus einer imperialen Tradition hervorgingen: aus der des *The Round Table*. *The Round Table* wurde 1910 als Zeitschrift für die politisch-ökonomischen Belange des Britischen Imperiums gegründet und mutierte schnell in ein Netzwerk, welches Ende des 19. Jahrhunderts fünf wichtige britische Kolonialgesellschaften verband: Australien, Kanada, Neuseeland, Südafrika und Indien. Ziel der Zeitschrift war es, die britisch-imperiale Regierungsführung zu verbessern und das Britische Imperium damit in die Lage zu versetzen, das Weltgeschehen besser zu beeinflussen und zu kontrollieren. Um ihre These zu belegen, widmen sich die Autoren in sechs Kapiteln erst einem Umriss der imperialistischen Fantasien der Britischen Krone und dann jedem einzelnen Länderbeispiel.

Bereits in der Einleitung erfahren wir, dass sich am 30. Mai 1919, als sich diverse Delegierte westlicher Industrienationen auf die Absprachen zum Völkerbund in Paris vorbereiteten, den britischen Delegierten Lionel Curtis ein weiterer Gedanke umtrieb: die Frage nach dem Erhalt von Weltfrieden. Denn dieser sei nicht allein über zwischenstaatliche Verträge zu sichern. Curtis war nämlich überzeugt, dass die öffentliche Meinung zugunsten einer Weltregierung nach dem Modell des Britischen Commonwealth beeinflusst werden sollte. Hierfür schlug er die Gründung von etwas, was wir heute als Thinktank bezeichnen würden vor. Ein Jahr nach dem Pariser Treffen, bei welchen die US-Amerikaner noch mit an Bord waren, wurde das *British Institute for International Affairs* gegründet. 1926 bereits zum *Royal Institute of International Affairs* erhoben, unterhielt es nahe Verbindungen zum US-amerikanischen *Council for Foreign Relations*. In den folgenden Jahren wurde angegliederte Institute in Kanada (1928), Australien (1933), Südafrika und Neuseeland (1934) sowie in Indien und Neufundland (1936) eröffnet. In diesen kolonialen und teils postkolonialen Instituten wurden Commonwealth-Staatsmänner, Diplomaten und Politik-Berater aus- und weitergebildet. So wurden die Methoden des Erkenntnisgewinns der aufkommenden Internationalen Beziehungen in kurzer Zeit in den britischen Kolonien verbreitet und in die spezifischen geopolitischen Kontexte eingebettet und angewandt.

Die Autoren zeigen treffend auf, wie in diversen wissenschaftlichen Aushandlungen, Rundbriefen und Diskussionsbeiträgen im *The Round Table* und darüber hinaus eine explizit biologistisch rassistische Epistemologie sich mit Fragen internationaler Regierbarkeit verband. So ging es grundlegend beispielsweise darum, in einer sich stets verändernden und globalisierenden Welt bestimmte

„Rasseshierarchien“ – mit weißen Briten an der Spitze – aufrecht zu halten, ohne notwendigerweise mit „Rasse“ zu argumentieren. Ein Prozess der Entwicklung sollte beispielsweise indigenes Land für die industrielle Bewirtschaftung durch Kolonialbeamte und Siedler:innen eröffnen, da letztere eine „höhere Form der Regierung“ (36) innehätten. Der Weltfrieden war somit eine Chiffre für eine auf Permanenz ausgelegte Kontrolle der Britischen Krone über die Welt.

Auch wenn es den Gründungsvätern der Internationalen Beziehungen letztlich nicht völlig gelang, die Weltordnung nach ihren Vorstellungen umzugestalten, so trugen sie doch maßgeblich zum Aufbau dessen bei, was wir heute überhaupt darunter verstehen. Indem sie diese Geschichte einführend neu erzählen, machen die Autoren sie wieder zugänglich und hinterfragen ihre Bedeutung für die heutige Disziplin. Sie zeigen die Zentralität des Globalen Südens allgemein und der Britischen Kolonien im Besonderen für die theoretischen Grundlagen der Internationalen Beziehungen auf und führen überzeugende Beweise dafür an, dass die Disziplin auf dem imperialen Rassendenken des späten 19. und frühen 20. Jahrhundert basiert und nicht abgekoppelt davon analysiert werden kann. Das Journal *The Round Table* heißt heute *Taylor and Francis* und ist ein zentraler Ort wissenschaftlicher Debatten. So argumentieren die Autoren, dass die Weichen, die 1920 gestellt wurden, noch heute die epistemischen Grundlagen der neoliberalen Institutionen der Internationalen Beziehungen weltweit grundlegend beeinflussen (146). So fänden sich in *policy papers* Formulierungen weiterhin wieder, welche auf eine westliche „Verantwortung“ seine ehemaligen Kolonien „zu schützen“ hinweisen (ebd.). Abschließend rufen die Autoren zu einer notwendigen „Dekolonisierung der Disziplin“ auf, welche kulturell vielfältige Modelle der Regierbarkeit anstrebt (147).

Davis, Thakur & Vale leisten einen wichtigen Beitrag zur historischen Erforschung und zum besseren Verständnis der Genese der Disziplin der Internationalen Beziehungen, indem sie unterstreichen, wie die kolonisierten Anderen studiert wurden, um sie zu kontrollieren, zu regulieren und mundtot zu machen (148). Gleichwohl bleibt ihre Beschreibung meist archivarisch und zusammentragend und hat wenig analytische Tiefe. Ihr Aufruf zum Schluss, sich näher mit der eigenen Disziplin und ihrem Ursprung zu beschäftigen, wirkt somit fast kosmetisch, da ihre Kritik an der neoliberalen Akademie zwar berechtigt ist, sie jedoch nicht mehr vorschlagen als eine abstrakte Dekolonisierung kolonialer Disziplinen, welche den „heutigen liberal-humanitären politischen Diskurs“ angreifen kann (149). Ob sie einen neuen Humanismus, eine Anerkennungspolitik diverser kolonisierter Selbstregierungsformen – welche in ihrer absoluten Mehrheit von ähnlich patriarchal-hierarchischen Klassengesellschaften wie die europäischen geprägt waren und sind – oder etwas ganz anderes anstreben, bleibt unklar.

Eleonor Roldán Mendivil

<https://doi.org/10.3224/peripherie.v43i1.20>